

Fritz Fiehler

Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung Die liberale Kritik am Wohlfahrtsstaat in den Programmschriften von Milton und Rose Friedman¹

Mit dem Wohlfahrtsstaat verbinden Liberale nicht nur Eingriffe in die Verteilung mit weitreichenden Konsequenzen für die Erwerbsorientierung und Ersparnisbildung. Sie machen die Umverteilung auch für Komplikationen in Recht und Politik verantwortlich. So ziehen Staatseingriffe zahlreiche Regelungen nach sich, die wiederum zu Umgehungen einladen. Insbesondere befürchten Liberale, daß der Wohlfahrtsstaat Sonderinteressen, Bürokratie und politische Anmaßung (»eisernes Dreieck«) befördert. Allerdings schließen diese Befürchtungen auch die Erwartung wirtschaftlicher Anpassungskrisen ein. Geld- und kreditpolitische Sünden, so die liberale Überzeugung, müssen den Zorn der Märkte auf sich ziehen.

Gerade die Wohlfahrtsbürokratie bestätigt Liberale in ihrem Argwohn gegen den Staat. Sobald Behörden darüber entscheiden, ob und wie einem Antragsteller zu helfen ist, müssen sie sich in seine privaten Angelegenheiten einmischen. Jedoch bleibt es nicht dabei, denn für die Unterstützung wird das Geld Dritter verwendet. Ferner muß der Staat, indem er soziale Verantwortung übernimmt, Budgets verwalten und Dienstleistungen erbringen. Aus all dem sehen Liberale einen Rechtfertigungsbedarf erwachsen, dem es letztlich an Maßstäben ermangeln muß. Wo der Staat sich in die gesellschaftlichen Verteilungskonflikte verwickeln läßt, geben Liberale zu bedenken, kann er schnell zur Beute von Sonderinteressen werden. Dagegen lege der Anspruch des Rechtsstaates nahe, sich nicht auf konkrete Fälle einzulassen und sich allein auf allgemeine Regelungen zu beschränken. Nach liberaler Überzeugung muß die Bevormundung des Individuums durch den Staat auf das Unabdingbare beschränkt werden. Bei einer gesetzlichen Rentenversicherung beispielsweise sehen Liberale die Folgen nicht

1 Dieser Artikel entstammt einem Kapitel meiner Dissertation *Geld und Vermögen bei Milton Friedman*. Für Kritik und Anregung habe ich Stephan Krüger, Sebastian Herkommer und Klaus Peter Kisker zu danken. Die Arbeit wird im Herbst unter dem Titel *Gesellschaft der Vermögensbesitzer* in Hamburg erscheinen.

nur bei den Staatsfinanzen und der Sparneigung; es würden auch Versorgungsklassen geschaffen, deren politische Stimme fortan keine Regierung mehr unberücksichtigt lassen könnte. Demnach greift der Wohlfahrtsstaat in das soziale Gefüge und die politische Willensbildung ein. Er wird zur Quelle totalitärer Tendenzen. Entsprechend vermögen Liberale auch zwischen Otto von Bismarck und William Henry Beveridge keinen Unterschied zu erblicken:

»Beide verkünden, daß sie das Wohlergehen der breiten Öffentlichkeit fördern wollen. Beide betonen, daß sie wissen, was im 'öffentlichen Interesse' liegt, und daß sie das besser durchsetzen können als der normale Mensch. Beide bekennen sich also zu einer paternalistischen Philosophie« (Friedman 1983: 112)

Sofern staatliche Bevormundung in der Sozialpolitik nicht bestritten werden kann, wirft die liberale Gleichsetzung von Bismarck und Beveridge zumindest die Frage auf, ob ihr Paternalismus tatsächlich jeglicher Geschichte entbehrt? An diesem Zipfel der skizzierten liberalen Sozialstaatskritik möchte ich ziehen, wobei ich mich auf vier Aspekte beschränke. (I) Unverkennbar schwebt Liberalen ein bestimmtes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft vor, das sie durch den Wohlfahrtsstaat gestört sehen. (II) Damit scheint eine Vorstellung von Individualisierung verbunden zu sein, die zwischen marktwirtschaftlicher Verteilung und politischer Umverteilung einen scharfen Schnitt macht. (III) Stutzig macht dabei, warum die stillschweigende Umverteilung durch Familienväter Liberalen weniger Sorgen bereitet, denn die durch Politiker geregelte. Insofern kommt den Wandlungen von Familie, Markt und Wohlfahrt entscheidende Bedeutung zu. (IV) Für diese Wandlungen schlägt die Chicagoer Schule eine dem Markt nachempfundene Betrachtung vor.

Für diese Untersuchung beziehe ich mich auf die von Rose und Milton Friedman herausgegebenen Programmschriften. Ihre Kritik des Staatsinterventionismus machte die Philosophie des freien Marktes populär. 1963 unterstützten sie die Präsidentschaftskandidatur Barry Goldwaters mit *Capitalism and Freedom*. In *Free to Choose* sprachen sie sich 1980 für Ronald Reagan aus. Mit diesen Schriften versuchten sie den mittleren Westen und die Vorstädte gegen Sozialhilfe und Inflation zu gewinnen. Und mit *Tyranny of the Status Quo* unterstützten sie 1983 Reagans Wiederwahl.² In diesen Essays sehe ich nicht nur eine radikale Kritik des Wohlfahrtsstaats enthalten, sondern auch eine mit der Entwicklung der Vermögensmärkte verbundene Hoffnung. Das qualifiziert sie nicht per se zu einer monetaristischen Kritik. Die Geldpolitik kann nur in einem übertragenen Sinn als Schule machendes Beispiel begriffen werden. Vielmehr ist ihren Plädoyers

2 In diesem Artikel beziehe ich mich auf die deutschen Übersetzungen (Friedman 1976; Friedman, M. & R. 1983; Friedman, M. & R. 1985) Im folgenden zitiert als 'Kapitalismus', 'Chancen' und 'Tyrannei'.

für Bildungsgutscheine oder negative Einkommenssteuer Aufmerksamkeit zu schenken, die vermögentheoretischer Logik nachempfunden sind.

I.

Zu den entscheidenden Beweggründen des Liberalismus gehört die Forderung nach einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft. Dazu paßt die Idealisierung der Marktwirtschaft, die Gleichsetzung aller Staatseingriffe und die Ausklammerung aller Bereiche jenseits von Staat und Gesellschaft. Es sei ein ausgesprochen scharfer Schnitt, hebt Pierre Bourdieu hervor, der zwischen Sozialem und Politischem gemacht werde. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint das liberale Gesellschaftsbild als eine negative Staatsphilosophie. Dem Staat kommen wesentliche Aufgaben zu, deren Erfüllung allerdings beständige Selbstbeschränkung verlangt. Entsprechend hat Keynes der Freihandelstheorie den Charakter distinkter Ökonomie abgesprochen. »Der Ausdruck *laissez-faire* findet sich weder bei Adam Smith noch bei Ricardo oder Malthus.« (Keynes 1985: 102) Umgekehrt scheinen sich Liberale gerade durch ihre Forderung nach der Priorität des Ökonomischen auszuzeichnen. Mehr noch: Sie sind fest entschlossen, jeden gesellschaftlichen Bereich ökonomisch zu betrachten. Allein die Emanzipation des »homo oeconomicus« scheint zu versprechen, die Ambivalenz moderner Gesellschaften unter Kontrolle zu halten. Wenden wir uns zunächst der Argumentation bei Milton und Rose Friedman zu, um dann zu einem Verständnis liberaler und neoliberaler Intentionen zu gelangen.

1963 mischen sich Milton und Rose Friedman erstmals in die politische Auseinandersetzung ein. Da sie mit John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson eine Neuauflage des New Deal verbinden, ergreifen sie Partei für den Präsidentschaftskandidaten Barry Goldwater. In *Capitalism and Freedom* wenden sie sich gegen den fiskalpolitischen Versuch, systematisch auf Wachstum und Verteilung Einfluß zu nehmen. Schon die Verzögerung von Wirkungen konfrontiere die ursprünglichen Absichten mit einer möglicherweise veränderten Lage. Viel versprechen sie sich dagegen von der Geldpolitik. Auf die Kritik des Zentralbankwesens folgt in dieser Programmschrift die der Bildungspolitik, während die sozialpolitische Auseinandersetzung noch auf einen der hinteren Plätze verwiesen ist. *Capitalism and Freedom* folgt dem Beispiel Hayeks, der 1945 mit seiner Schrift *The Road to Serfdom* in den britischen Wahlkampf eingegriffen hatte. Darin nahm Hayek den Faden der Totalitarismuskritik auf.

»Die verschiedenen Spielarten des Kollektivismus... unterscheiden sich voneinander durch das Ziel..., aber sie haben das miteinander gemeinsam, daß sie im Gegensatz zum Liberalismus und Individualismus die Gesellschaft als Ganzes... für jenes einzige Ziel organisieren und keine autonomen Sphären anerkennen wollen, in den die Wünsche der Individuen ausschlaggebend sind.« (Hayek 1971: 82)

Für die beiden Friedmans gibt sich die 'mixed economy' der Illusion hin, bei Ausweitung politischer Freiheiten Einschränkungen der wirtschaftlichen hinnehmen zu können. Tatsächlich setze Demokratie aber freie Märkte voraus. Staatseingriffe müßten daher über kurz oder lang auch zu Beschränkungen individueller Freiheiten führen. Umgekehrt würde eine freie Marktwirtschaft auf Dauer autoritären Regimen die Grundlage nehmen. »Die Geschichte lehrt jedoch, daß der Kapitalismus eine notwendige Voraussetzung für politische Freiheit ist. Eine hinreichende Bedingung ist er freilich nicht.« (Kapitalismus, 30) Der Markt erfülle eine Doppelfunktion: Einerseits Sorge er für wirtschaftlichen Ausgleich und andererseits mache er zwischen Geschäft und Politik einen Unterschied. Dabei wird die Existenz von Krisen, die dem System der Märkte inhärent sind, keineswegs bestritten. Den Friedmans geht es allein um den Zweifel an einer kompensatorischen Rolle des Staates, mit der von seiner Eigenlogik abgesehen würde. Jedoch bleiben sie nicht bei dieser Entgegensetzung von Politik und Markt stehen. Sie reichen auch eine Bewertung nach. Während die Wirtschaft auf der freiwilligen Kooperation der Individuen beruhe, nötige die Politik zum Konformismus. »Jede Erweiterung des Problembereiches, die eine ausdrückliche Einigung verlangt, belastet die empfindlichen Fäden, durch die das Gesellschaftssystem zusammengehalten wird.« (Kapitalismus, 46) Liberale Ideale sind freie Diskussion und freiwillige Zusammenarbeit. In der politischen Willensbildung sei das Individuum aber auf Parteibildung mit allem Drum und Dran angewiesen. Insbesondere könne das damit verbundene Majoritätsprinzip zur »Tyrannei der Mehrheit« führen. Bereits John Stuart Mill hatte geschrieben:

»So genügt es nicht, sich gegen die Tyrannei der Machthaber zu schützen, man muß sich auch schützen vor der Tyrannei der herrschenden Meinung und des herrschenden Gefühls, vor der Absicht der Gesellschaft, durch andere Mittel als bürgerliche Strafen ihre eigenen Ideen und Praktiken denjenigen als Verhaltensregel aufzuzwingen, die davon abweichen.« (Mill 1991: 11)

Zunächst entspricht *Capitalism and Freedom* liberaler Tradition. Im Kampf gegen den Absolutismus groß geworden, verdiente sich der Liberalismus seine ersten Sporen, indem er sich für Rechtsbeziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sowie Gewerbefreiheit einsetzte. Jedoch fanden sich die Liberalen von vornherein in einer komplizierten Gemengelage wieder, wie die Kontroversen über Kornzölle, Währung und Armenhilfe zeigen. »Während sich einerseits die Märkte über den ganzen Erdball ausbreiteten... wurde andererseits ein ganzes Geflecht von Maßnahmen... zu dem Zweck zusammengefaßt, den Marktmechanismus in bezug auf Arbeit, Boden und Geld einzuschränken.« (Polanyi 1990: 112) Über diese geschichtliche Sozialisation schreibt Marx, daß die Konkurrenz dabei nur als »Aufhebung von Absperrung, Prohibition, oder Protektion« (Marx 1974: 542f) begriffen worden sei. Die Konkurrenz selbst sei unbegriffen geblieben und das Ver-

hältnis der Kapitale untereinander werde mit dem der Individuen verwechselt. Weiter sei die Konkurrenz als die »absolute Form der freien Individualität« (ebd.) genommen worden. Insofern sind Regelungen zwischen Staat und Gesellschaft, Gewerbefreiheit und Armengesetzgebung der liberalen Grundstruktur durchaus eingeschrieben. Marx entwickelt wie sich der Gegensatz von Staat und Gesellschaft dem Schein der Konkurrenz verdankt, und wie er den Blick auf die Warenzirkulation als dem »wahren Eden der Menschenrechte« lenkt. Käufer und Verkäufer lassen sich von ihrem freien Willen leiten. Die Friedmans sprechen von der »freiwilligen Zusammenarbeit«. Die Warenbesitzer tauschen Äquivalente. Die Friedmans betonen die Chancen der Gleichheit. Und in Verträgen erkennen sich die Geldbesitzer als Inhaber von Rechten und Eigentum an. »Die bürgerlichen Verhältnisse an sich selbst betrachtet,« befindet Marx über diese ökonomistische Apologetik, »d. h. nach Abzug der Staatseinflüsse, werden in der Tat immer die harmonischen Gesetze der bürgerlichen Ökonomie bestätigen« (Marx 1974: 845).³

Was die Welt im Innersten zusammen zu halten scheint, bringt Probleme mit sich. Erstens müssen auch die entwickelteren Verhältnisse der Marktwirtschaft über diesen Kamm geschoren werden. Die Markttheoretiker müssen behaupten, »daß alle ökonomischen Verhältnisse nur andre und andre Namen für immer dieselben Verhältnisse des einfachen Austauschs, Warenaustauschs, und der ihnen entsprechenden Bestimmungen des Eigentums, Freiheit und Gleichheit sind« (Marx 1974: 917). Dabei erweisen sich Boden, Geld und Arbeit als ausgesprochen spröde gegenüber den schlichten Gesetzen von Angebot und Nachfrage. Zweitens drängt die liberale Dichotomie den Ökonomen eine Schwarz-Weiß-Malerei auf. »Der Staat ist keineswegs die einzige Ursache von Zwang oder sozialem Druck in der Gesellschaft,« wendet Mancur Olson ein. »Es wird eine Kartellbildung auf vielen Märkten geben, selbst wenn die Regierung nicht dabei hilft« (Olson 1991: 233f). Mit der Versachlichung gesellschaftlicher Verhältnisse kann sich der Liberalismus Herrschaft nur als persönliche vorstellen kann:

»Der Markt sichert die wirtschaftliche Freiheit. Aber diese Eigenschaft führt zugleich weit über den Bereich des rein Wirtschaftlichen hinaus. Politische Freiheit bedeutet, daß es keinen Zwang eines Menschen gegenüber einem anderen geben darf. Die fundamentale Bedrohung der Freiheit kommt gerade durch die Macht, Zwang ausüben zu können, sei es durch einen

3 »Die Ansichten der Freihandelsbewegung beruhen auf einem theoretischen Irrtum, dessen praktischer Ursprung unschwer zu bestimmen ist. Vom Unterschied zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft ausgehend, wird die methodische Unterscheidung zu einer organischen gemacht und als solche dargestellt. So wird behauptet, daß die ökonomische Tätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft zukomme und der Staat in ihre Reglementierung nicht eingreifen dürfe. Aber da in der Wirklichkeit bürgerliche Gesellschaft und Staat identisch sind, muß man feststellen, daß auch der Freihandel eine auf dem Wege des Gesetzes und des Zwanges eingeführte und aufrechterhaltene staatliche 'Reglementierung' ist.« (Gramsci 1967: 310)

Monarchen, einen Diktator, eine Oligarchie oder eine momentane demokratische Majorität.« (Kapitalismus, 36f)

Natürlich macht eine solche Auffassung die Gleichsetzung notorisch geldhungriger Fürsten mit den Chefs sozialistischer Planungsbehörden möglich. Obgleich das Majoritätsprinzip in der Gestalt von Nachfrage- und Angebotsaggregaten Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnisse in globaler Dimension realisiert, will Liberalen die »Tyrannei der Mehrheit« allein als politisches Phänomen erscheinen. So vermag sich die Herrschaft in der Marktwirtschaft hinter der Tarnkappe des Tauscherts zu verstecken, während sie in Politik und Kultur als schillerndes Wesen umher geistert. Entsprechend haben die Kritiker des Totalitarismus auch mit dem Problem zu tun, einerseits die Kultur der Massengesellschaft als Taube auf dem Dach für alles verantwortlich zu machen, jedoch andererseits allein den Spatz der Beschreibungen etatistischer Auswüchse in der Hand zu haben.

In *Capitalism and Freedom* reflektiert sich auch die Spaltung des Liberalismus. Schließlich halten die Liberalen Prinzipien hoch, die nicht nur verwirklicht sind, sondern deren Überlebtheit auch schon konkrete Formen angenommen hat. Unter unseren Gesichtspunkten (wir sehen hier vom geläufigen Verweis auf die Vermachtung der Märkte ab) sind drei Veränderungen hervorzuheben. Das betrifft erstens die Komplikationen in der Beziehung zwischen Leistung und Einkommen. Das Marktgeschehen dürfe nicht als bloße Leistungsbewertung mißverstanden werden, kritisiert Hayek. Tauglicher sei die Vorstellung von einem Spiel, das Glück und Geschicklichkeit abverlange. Zweitens löst sich der für den klassischen Liberalen konstitutive Zusammenhang von Bodenbesitz, Erwerb und politischen Rechten auf. So beklagt Edmund Burke den Verlust politischer Vorrechte für das Grundeigentum. Lord Acton warnt um die Jahrhundertwende vor der Verallgemeinerung politischer Rechte. Diese Entwicklungen kulminieren drittens im Wohlfahrtsstaat, der weitreichend auf Einkommen, Konsum und Mentalitäten Einfluß nimmt. Bei den Friedmans führt das nun zu folgendem Urteil:

»Der Liberale des 19. Jahrhunderts betrachtete die Ausdehnung der Freiheit als den effektivsten Weg, um den sozialen Staat und die Gleichheit zu erreichen. Der Liberale des 20. Jahrhunderts betrachtete die allgemeine Wohlfahrt und die Gleichheit als Voraussetzung oder als Alternativen zur Freiheit. Im Namen der Wohlfahrt und der Gleichheit begann der Liberale des 20. Jahrhunderts die Wiederbelebung der Politik eben jenes Staatsinterventionismus und Paternalismus zu betreiben, gegen die der klassische Liberale gekämpft hatte.« (Kapitalismus, 24)

Für die angesprochene Entwicklung machen sie den Gesinnungswandel der Intellektuellen verantwortlich. Diese seien in den zwanziger und dreißiger Jahren überwiegend zu der Überzeugung gelangt, daß es sich beim Kapitalismus um ein defektes System handele. Die intellektuellen Hoffnungen hätten sich auf die großen Umwälzungen in Politik, Wissenschaft und

Technik gerichtet.⁴ Von einer Erhöhung der bewußten Kontrolle politischer Instanzen gegenüber den wirtschaftlichen Angelegenheiten habe man sich eine gerechtere Welt versprochen. Dagegen zeichne sich für die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts eine gewisse Ernüchterung ab, glauben Milton und Rose Friedman. Nicht von ungefähr sprechen sie sich für eine Privatisierung des Bildungswesens aus, die durch Ausgabe von Bildungsgutscheinen an Eltern und Studierende unterstützt werden könne. Ob die zum Ausdruck gebrachten Zweifel in Wissenschaft, Öffentlichkeit und Demokratie den kollektivistischen Trend unterbrechen können, vermögen sie zu diesem Zeitpunkt nicht zu entscheiden: »Die Befürworter eingeschränkter Regierungskontrolle und der freien Wirtschaft sind immer noch in der Defensive« (Kapitalismus, 252).

Den Individualismus hält Hayek in erster Linie für eine Theorie der Gesellschaft. Diese Theorie richte sich nicht auf das isolierte oder für sich abgeschlossene Individuum. Vielmehr zeichne sie sich durch die Maxime aus, daß allein das Verständnis individueller Handlungen zum Begreifen sozialer Erscheinungen führe (vgl. Hayek 1952: 15).⁵ Unter individuellen Handlungen verstehen Hayek und seine Anhänger Handlungen, die durch die Logik des Marktes bestimmt werden. Diese halten sie für maßgeblich, weil sie sich durch ihre Geschlossenheit von Erwartung, Handlung und Orientierung auszeichnen. Doch läßt sich diese Verbindung von individueller Verantwortung und sozialem Geschehen in der Politik gerade nicht feststellen:

»Seit die Bolschewiken ihren Versuch, das sozialistische Gesellschaftsideal mit einem Schlag in Rußland zu verwirklichen, aufgegeben haben und an die Stelle ihrer ursprünglichen Politik die 'neue Wirtschaftspolitik', die 'Nep' haben treten lassen, ist in der ganzen Welt nur noch ein System praktischer Wirtschaftspolitik am Werke: das System des Interventionismus.« (Mises 1995: 249)

Das schrieb Ludwig von Mises 1926. Die Anhänger des freien Marktes müßten sich auf den Interventionismus »für die nächsten Jahrzehnte und vielleicht auch ein Menschenalter« einstellen. Dabei habe die Nationalökonomie gezeigt, »daß alle derartige Eingriffe in das Getriebe des Marktes niemals den Erfolg erzielen können, den die Obrigkeit mit ihnen zu erreichen beabsichtigt« (ebd.: 250). Ursprünglich seien sich darin der klassische Liberalismus mit dem marxistischen Sozialismus einig gewesen. Nach liberaler Überzeugung entbehrt dieser Interventionismus nicht nur eigener Maßstäbe für sein Tun, sondern er stört auch die vorhandenen. Davon zeugen die Fälle der durch staatliche Maßnahmen aufgefangenen Bankenkri-

4 »Whilst accepting many of the same beliefs and principles as its nineteenth century counterpart, neo-liberal philosophy and theory has rejected Enlightenment assumptions about science, reason and progress.« (O'Brien/Penna 1998: 103)

5 Gegen diese Vorstellung hielt Marcuse fest: »Durch die Privatisierung der Ratio wird der vernunftgemäße Aufbau der Gesellschaft um sein zielgebendes Ende gebracht...« (Marcuse 1979: 21)

sen, die das Problem des »moral hazard« besonders deutlich werden lassen. Das unterstreicht Marx, wenn er diesbezüglich notiert: »Alle Maßstäbe, alle mehr oder minder innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise noch berechtigten Explikationsgründe verschwinden hier« (Marx 1968: 455) Insofern stellt das liberale Gesellschaftsbild ein Geflecht dar, worin sich der Gegensatz von Staat und Gesellschaft, die Reduktion der Märkte auf die einfache Zirkulation und der Warenbesitzer als die 'absolute Form freier Individualität' gegenseitig bedingen. Mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft ist diese Konstruktion allerdings ein Gegenstand laufender Umdeutung (vgl. dazu Kondylis 1991).

II.

Tatsächlich kommt dem Wohlfahrtsstaat ein entscheidender Einfluß auf diesen Prozeß liberaler Umdeutung zu. Seine Einrichtungen wirken sich weitreichend auf den Reproduktionsprozeß, die Zusammensetzung der Gesellschaften und ihre politische Willensbildung aus. Der Wohlfahrtsstaat befördert die Individualisierung. Allerdings verwickelt er sich damit auch, darauf macht Thomas H. Marshall (1992) aufmerksam, in die Stratifizierung der Haushalte und Individuen. Nichtsdestoweniger bleiben soziale Umverteilung und soziale Dienstleistungen an die Distributionsverhältnisse gebunden. Insbesondere die klassenanalytisch vergleichenden Studien von Gösta Esping-Andersen (1990) haben gezeigt, daß sich die jeweiligen Wohlfahrtsregime – er unterscheidet zwischen liberalen, sozialdemokratischen und korporativistischen Regimen – völlig unterschiedlich auf Erwerbsquoten, Geschlechterbeziehungen und Familienformen auswirken. Die entscheidende und für Liberale beunruhigende Wirkung des Wohlfahrtsstaats besteht darin, daß er ganze Rubriken (Alte, Jugendliche) alimentiert. Bei solchen Betrachtungen ist aber zu berücksichtigen, daß man sich auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bewegt, daß man es mit der wirklichen Konstitution einer Gesellschaft zu tun hat und sich daher jenseits der Reduktionen befindet, welche die politische Ökonomie üblicherweise benutzt (Herkommer u.a. 1984: 140f). Bleiben diese Voraussetzungen unberücksichtigt, dann stellt sich schnell die Vorstellung ein, man habe es mit einem unvermittelten Gegensatz von freier Individualität und seelenloser Bürokratie zu tun, wie gleich noch deutlich werden wird.

Mit *Free to Choose* ergreifen Milton und Rose Friedman für Margaret Thatcher und Ronald Reagan Partei. Ihre Intervention hat Mediengeschichte gemacht. In einer zehnteiligen Fernsehserie attackieren sie die Staatseinmischung, wobei sie sich auf den Wohlfahrtsstaat konzentrieren. Während *Capitalism and Freedom* der Organisation einer Minderheit gegolten hatte, nimmt *Free to Choose* an der neokonservativen Mehrheitsbildung

teil. Dafür hatte die kalifornische Steuerrevolte das Signal gegeben. 1980 schreiben Milton und Rose Friedman:

»Glücklicherweise wendet sich das Blatt. In den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in den Staaten Westeuropas und in vielen anderen Staaten rund um die Welt, wächst das Bewußtsein, wie gefährlich große Staatsbürokratien sind, und wächst die Unzufriedenheit mit den Praktiken, die sie verfolgen... Und wir haben die Chance, diesem Sinneswandel ein wenig nachzuhelfen mit der Tendenz, sich wieder mehr auf sich selbst und auf die freiwillige Kooperation zu verlassen, anstatt auf das andere Extrem, den totalen Kollektivismus, zuzusteuern.« (Chancen, 19)

Damit gelang der neoliberalen Gegenrevolution, was der sozialistischen mißgönnt war: Der politische Funke sprang von der chilenischen Peripherie auf das angelsächsische Zentrum über!

Free to Choose ist ein klassisches Dokument liberaler Sozialstaatskritik. Die Krise des Systems wird als Gelegenheit für eine radikale Abrechnung benutzt. Mit den Einrichtungen, erklären Milton und Rose Friedman, könne niemand zufrieden sein.

»Die Bürger, die Zahlungen erhalten, beklagen sich, daß die Summen nicht ausreichen, um ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten, und diejenigen Bürger, die Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung leisten müssen, beklagen sich, daß ihnen die Belastung zu hoch sei. Die Arbeitgeber beschwerten sich, daß die Differenz, die durch diese Steuer zwischen den Kosten, die der Arbeitgeber zu übernehmen hat, und dem Nettogewinn des Arbeitnehmers so groß ist, daß dadurch Arbeitslosigkeit erzeugt wird. Die Steuerzahler beklagen sich, daß die nicht gedeckten Verpflichtungen des Sozialversicherungssystems viele Milliarden betragen und daß nicht einmal die gegenwärtig so hohen Steuern diese Verpflichtungen auf Dauer decken können. All diese Klagen bestehen zurecht.« (Chancen, 117)

Dabei ist den beiden Friedmans nicht entgangen, daß diese Konstruktion ursprünglich mit Beschäftigungspolitik und einer Rahmenplanung einhergehen sollte. Insofern handelt es sich beim Wohlfahrtsstaat um ein Rumpfpjekt, das in den siebziger Jahren die volle Härte einer wirtschaftlichen Kehrtwende erfährt. Im Kern behaupten die Sozialstaatskritiker, daß aus dem einen Problem des Einkommensverlustes das zweite der Abhängigkeit von einer Behörde gemacht wird. Zu den eindrucksvollsten Beispielen ihrer Argumentation zählt der Bankrott der Stadt New York. Danach habe sich die Metropole in ihrem sozialpolitischen Engagement verausgabt. Mitte der siebziger Jahre verfielen die Kurse ihrer Anleihen und die Banken verweigerten weitere Kredite resp. Emissionen von Anleihen. Damit war die Weltmetropole pleite und eine Kommission von Bankiers entmündigte sie finanzpolitisch. Was könnte überzeugender die These belegen, daß Staatseingriffe nicht nur Märkte stören, sondern auch die politische Demokratie untergraben!

In ihrer Sozialstaatskritik gehen die beiden Friedmans die gesamte Palette sozialpolitischer Programme durch, jedoch stehen die Sozialversicherungen im Zentrum. Dabei lebt ihre Kritik von Erscheinungen widersinniger Umverteilung.

»Es ist wahr, daß dieses Wohlfahrtsprogramm für Personen mit niedrigerem Einkommen bestimmt ist. Aber diese Wirkung wird durch die Gegenwirkung umgekehrt. Kinder aus armen Familien neigen dazu, in relativ jungen Jahren mit dem Arbeiten anzufangen und Lohnsteuer zu zahlen. Kinder aus Familien mit höheren Einkommen beginnen damit viel später. Andererseits haben Bürger mit niedrigerem Einkommen im allgemeinen eine kürzere Lebensspanne als Leute mit höherem Einkommen. Das Endresultat ist, daß die Armen häufig längere Zeit und über mehr Jahre hinweg Steuern zahlen und über kürzere Zeitspanne Unterstützung erhalten als die Reichen – und das geschieht im Namen der Hilfe für die Armen!« (Chancen, 121)

In den Augen der Kritiker untergräbt der Sozialstaat Erwerbsorientierung und Sparneigung; die sozialen Dienstleistungen befestigen das 'eiserne Dreieck' von Politik, Bürokratie und Sonderinteressen. Und die Kritiker sind vom verschwenderischen Umgang mit Steuermitteln durch die Wohlfahrtsbürokratie überzeugt. Damit sind wir beim Kern liberaler Wohlfahrtskritik angelangt: In einer kapitalistischen Gesellschaft muß sich jede politische Umverteilung als Fremdkörper erweisen. Diese Überzeugung veranschaulichen Milton und Rose Friedman mit den von ihnen unterschiedenen vier Arten der Geldausgabe: Die selbstverständlichste Form sei die Verwendung selbst verdienten Geldes für eigene Zwecke (Variante 1). Hier könne man von der rationellsten Verwendung ausgehen. Dagegen sind Geschenke, die aus der eigenen Tasche bestritten werden, nicht immer von Erfolg gekrönt (Variante 2). Über die zur Großzügigkeit neigenden Spesenabrechnungen muß nicht lange diskutiert werden, wo für eigene Zwecke über fremdes Geld disponiert wird (Variante 3). Bei wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen, handelt es sich schließlich um die Verwendung nicht selbst verdienten Geldes für die Bedürfnisse anderer Menschen (Variante 4).

»Bei all diesen Programmen werden einige Leute in die Lage versetzt, entscheiden zu müssen, was gut für andere ist. Die Folge ist, daß in einer Gruppe das Gefühl der Allmacht erweckt wird. In der anderen Gruppe wird das Gefühl einer fast kindlichen Abhängigkeit entwickelt... Zu der sinnlosen Geldverschwendung, zu dem Unvermögen, die gesteckten Ziele zu erreichen, kommt noch als Endergebnis die Zerrüttung des Moralempfindens, das eine anständige Gesellschaft zusammenhält.« (Chancen, 134)

Grundlage liberaler Sozialstaatskritik ist das Gesetz des Marktes. Was Preise, Verteilung und die Verwendung von Ressourcen bestimmt, liegt natürlich auch dem Erwerb zugrunde. Wenngleich die Beziehung zwischen Leistung und Einkommen komplizierter ist, als von den Ökonomen unterstellt, kann das auf selbst verdientem Geld beruhende Selbstbewußtsein nicht in Abrede gestellt werden, und davon werden dann auch individuelle Erwartungen und Handlungen bestimmt. Insofern regelt dieser Mechanismus nicht nur den sozialen Verkehr, er motiviert auch. Darauf beziehen sich die Friedmans, wenn sie auf den Zusammenhang von Leistung, Einkommen und Verbrauch verweisen. Und daraus schöpfen sie ihre Überzeugung, wenn sie Verteilung und Umverteilung als Gegensatz herausstellen. Ihre Logik läßt allein die über den Markt vermittelte Aneignung zu, und in dieser Logik sehen sie sich durch das verletzte Selbstgefühl Erwerbsloser

bestätigt.⁶ Worauf läuft das Argument von der mit dieser Gesellschaft unverträglichen Umverteilung hinaus? Entweder muß auf Umverteilung vollständig verzichtet werden. Das würde aber die Gesellschaft selbst in Frage stellen, da sie mit Kindern, Alten und Kranken immer mehr Konsumenten haben wird als Produzenten. Oder man kommt auf die stillschweigende Umverteilung durch Familien, Gemeinden und Barmherzigkeit zurück. Das würde jedoch die Frage aufwerfen, warum sich dieser ursprüngliche Paternalismus besser mit liberalen Prinzipien vertragen soll als seine späteren Formen. Darauf antworten die beiden Kritiker:

»Der Unterschied zwischen der Sozialversicherung und früheren Einrichtungen ist der, daß die Sozialversicherung erzwungen und unpersönlich ist und daß die früheren Methoden freiwillig und individuell waren... Die früheren Umverteilungen stärkten die Familienzusammengehörigkeit, die erzwungenen Umverteilungen schwächen sie.« (Chancen, 121)

Beide Methoden sind paternalistisch, und doch sind beide grundverschieden! In dieser Verlegenheit entscheiden sich die Kritiker des Etatismus für eine staatliche Lösung: Mit einer »negativen Einkommenssteuer« erhalten die Armen ein Existenzminimum. Die Gründe ihrer Einkommensverluste bleiben Privatsache. Dazu lassen sich soziale Dienstleistungen privatisieren und die gesamte Wohlfahrtsbürokratie kann auf einige Abteilungen der Finanzämter reduziert werden.

Mit dem Wohlfahrtsstaat verbinden Liberale Befürchtungen und Hoffnungen. Dabei beziehen sich die Befürchtungen auf die sozialpolitisch bedingten Veränderungen der Gesellschaft. Die Umverteilung hat nicht nur neue Klassen geschaffen, sondern auch in die bisherige Verteilung eingegriffen. Während den Haushalten bisher eine Revenue und die durch Eigenarbeit geschaffenen Güter (Kleingärten, Unterstützung durch Verwandte etc.) zufließen, beziehen sie heute überwiegend Einkünfte unterschiedlicher Art. Die gesellschaftliche Grundstruktur tritt hinter eine Pluralität von Einkommen zurück (vgl. Bischoff 1982). Neben den Komplikationen zwischen Leistung und Einkommen haben sich die Spannungen zwischen Erwerbsorientierung und Umverteilung verstärkt. Daher machen Liberale den

6 Vergleiche dazu bereits Hegel: »Wird der reicheren Klasse die direkte Last aufgelegt, es wären in anderem öffentlichem Eigentum (reichen Hospitälern, Stiftungen, Klöstern) die direkten Mittel vorhanden, die der Armut zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und das Gefühl ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre; oder sie würde durch Arbeit (durch Gelegenheit dazu) vermittelt, so würde die Menge der Produktionen vermehrt, in deren Überfluß und dem Mangel der verhältnismäßigen selbst produktiven Konsumenten gerade das Übel besteht, das auf beide Weisen sich nur vergrößert. Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.« (Hegel 1982: 390)

Wohlfahrtsstaat für hartnäckig verteidigte Besitzstände, niedrige Sparquoten und unbefriedigende Wachstumsraten verantwortlich. Mit dem dadurch bedingten Mangel an Erwerbsorientierung muß der Etatismus ein Übergewicht erhalten. Zugleich ist der Staat geschwächt worden, weil er sich in die Verteilungskonflikte hat verstricken lassen. Nach liberaler Logik fällt die Forderung nach einem sich selbst beschränkenden Staat zusammen mit der nach seiner Stärkung. Soweit die apokalyptische Seite liberaler Wohlfahrtskritik! Dagegen scheinen die sozialpolitischen Fonds Anlaß für liberale Hoffnungen zu sein. Diese Fonds wollen den Ökonomen als sterilisiertes Kapital erscheinen. Der Wohlfahrtskapitalismus hat zu einer Entwicklungsstufe geführt, die Neuvermessungen zwischen privater und öffentlicher Vermögensbildung möglich machen. Damit enthält die Kritik auch eine prophetische Seite. Von dieser Warte aus kommt der künftigen Altersversorgung strategische Bedeutung zu.

III.

Spätestens mit der Krise der Altersversorgung hat die Debatte einen Punkt erreicht, mit dem sich Fragen nach der »wirklichen Constitution der Gesellschaft« (Marx)⁷ einstellen. Wo bislang Wirtschaft und Politik auch über den gesellschaftlichen Rest entschieden, taucht dieser plötzlich als vorgegebene Größe auf. Seine künftigen Ansprüche müssen mit dem gegenwärtigen Beschäftigungsvolumen in Einklang gebracht werden. Solange mit Kindern, Alten und Kranken die Hälfte der Bevölkerung als familiäres Anhängsel der funktionellen Klassen betrachtet werden konnte, war es auch möglich Familie, Geschlechterbeziehungen und Lebensverläufe auszublen- den. Dies ändert sich mit dem Sozialstaat; nun stellt sich die Frage nach der Gesellschaft als Ganzer.

Bei den sozialen Veränderungen in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts haben wir es schematisch mit drei miteinander verflochtenen Tendenzen zu tun. Dabei handelt es sich erstens um die klassische Polarisierung zwischen Lohnarbeit und Kapital. Bis in die sechziger Jahre nimmt die Zahl der Lohnarbeiter zu. Im gleichen Zeitraum vermindert sich die Zahl der Selbständigen, wozu die Auflösung des traditionellen Kleineigentums erheblich beiträgt. Rainer Lepsius spricht von der 'Arbeitnehmergesellschaft', »deren Konsumkraft die Binnenkonjunktur wesentlich bestimmt, deren Wahlver-

7 »...wirkliche Constitution der Gesellschaft, die keineswegs bloß aus den Klassen der Arbeiter und industriellen Capitalisten besteht; wo also Consumenten und Producenten nicht identisch, die erstere Categorie (deren Revenue zum Theil secundäre, vom Profit und Salar abgeleitete, keine primitiven sind) der Consumenten viel weiter ist als die zweite, und daher die Art, wie sie ihre Revenue spendet, und der Umfang der letzteren sehr grosse Modificationen im ökonomischen Haushalt, und speziell im Circulations und Reproductionsproceß des Capitals hervorbringt.« (Marx 1978: 1114)

halten die Basis des Parteiensystems bildet, und deren sozialmoralische Leitbilder die 'Normalmoral' der Gesellschaft darstellen« (Lepsius 1979: 173). Gleichzeitig setzt zweitens die Differenzierung innerhalb der Lohn- und Gehaltsabhängigen ein. Die Zahl der Angestellten und Beamten beginnt die der Arbeiter zu übertreffen. Zu dieser Entwicklung tragen die auslaufende Prosperität, der wohlfahrtsstaatliche Klassenkompromiß und die beginnende Abnahme des Sektors produktiver Arbeit bei. Daneben beginnt drittens der Sozialstaat an Umfang zu gewinnen. Neben den bisherigen Hauptklassen entstehen weitere Rubriken, wie die Pluralität der Einkommen beweisen. Für die liberalen Kritiker heißt das: Den wenigen Selbständigen steht nicht nur eine Mehrheit von abhängig Beschäftigten gegenüber, sondern beide Klassen werden zur Minderheit gegenüber den Nichterwerbstätigen. Die liberale Kampagne gegen den Wohlfahrtsstaat fällt mit dem Übergewicht der Nichterwerbstätigen zusammen. Die liberal-konservative Synthese zielt auf eine gesellschaftliche Mitte, deren Einkommenslage sie zugleich umkrempeln will.

Für die neuen Rubriken schlägt Lepsius vor, die von Max Weber getroffene Unterscheidung in »Besitzklassen« und »Erwerbsklassen« durch die Kategorie der »Versorgungsklassen« zu ergänzen (vgl. Lepsius 1979: 179). Damit will Lepsius die Unterschiede beim Bezug von Transfereinkommen und sozialen Dienstleistungen zum Kriterium machen. Demnach ist der Wohlfahrtsstaat mehr als nur eine Instanz der Umverteilung.⁸ Damit wird auch der liberale Alptraum deutlich, der sich insbesondere an der Krise der Altersversorgung zeigen läßt: Wie soll gegen die Interessen der »Versorgungsklassen«, deren Gewicht mittlerweile auf ein knappes Drittel der Wählerstimmen zu veranschlagen ist und auf deren Mehrheit sich das bürgerliche Lager bisher zu stützen gewohnt war, das System umgebaut werden?

IV.

Milton und Rose Friedmans politische Geschichte endet in den achtziger Jahren. Genauer gesagt: Sie endet noch in den ersten Regierungsjahren von Ronald Reagan und Margaret Thatcher. Die Gegenrevolution siegt, aber sie erschöpft sich in den Mühen der Ebenen. Während die Friedmans in *Capitalism and Freedom* eine Synthese zwischen Liberalismus und Konservatismus entwickelt haben, konnte in *Free to Choose* an seiner politischen

8 Müssen für die politische Ökonomie des Wohlfahrtsstaates unterschiedliche Einkommensarten der Haushalte, Geschlechterbeziehungen, Generationen, die Verteilung 'kulturellen Kapitals' und damit auch der Wandel paternalistischer Strukturen in Rechnung gestellt werden, kann ermessens werden, warum Differenzierungen der Klassenanalysen bislang stecken geblieben sind.

Formierung gearbeitet werden. Sobald sich allerdings die erste Phase dieser Synthese bilanzieren ließ, mußten sie bereits an ihrer Korrektur arbeiten. Sie schreiben:

»Ronald Reagan hat wie Margaret Thatcher eine zweite Chance erhalten, tiefgreifende Veränderungen durchzuführen. Er wäre gut beraten, wenn er über den unserer Meinung größten Fehler seiner ersten Amtsperiode nachdenken würde: sein Versäumnis, die erste kurze Zeitspanne voll auszunützen, in der die Tyrannei des Status Quo außer Kraft gesetzt war.« (Tyrannei, 20)

Zwar seien entscheidende Vorstöße für die Befreiung der Märkte und die Begrenzung staatlicher Verantwortung gelungen, dennoch habe sich das »Eiserne Dreieck« schon wieder konsolidiert. Mit *Tyranny of the Status Quo* unterstützen die Friedmans 1983 die Wiederwahl Reagans. Jedoch blieb das medienpolitische Echo ebenso hinter ihren Erwartungen zurück, wie ihr auf Korrektur bedachter Einfluß im Weißen Haus. Eine Programmschrift der Enttäuschung? Was die Wirtschaftskrise an Merkwürdigkeiten im Hintergrund bot und was mit der Umgruppierung der Republikanischen Partei begonnen hatte, schlug sich vordergründig – folgen wir den Erinnerungen der Friedmans – in der Ambivalenz zwischen Präsident Ronald Reagan und Vizepräsident George Bush nieder. Wurde die Gegenrevolution verraten?

In *Tyranny of the Status Quo* konzentrieren sich Milton und Rose Friedman auf die budgetpolitischen Probleme. Dabei grenzen sie sich zunächst gegen die herkömmliche Kritik ab. Von »ausufernden Verteidigungsausgaben« wollen sie nichts wissen, weil diese zuvor über mehrere Jahre rückläufig gewesen seien. Auch das Heulen und Zähneklappen über die öffentliche Verschuldung kann sie nicht beeindrucken. Unter Berücksichtigung der Inflation habe sich die Verschuldung sogar verringert. »Wie ist dieses Paradox zu erklären?« fragen die beiden Kritiker der Geldpolitik. »Obwohl es jedes Jahr zu Defiziten kommt, geht die Verschuldung sowohl real als auch als Anteil des nationalen Einkommens zurück« (Tyrannei, 46). Die Antwort ist für sie klar, denn die Schulden würden mit »immer billigeren Dollars« zurückgezahlt. Ebenso wenig halten sie – im Jahr 1983 – den Vorwurf der »Umverteilung von oben nach unten« für zutreffend. »Die Zuwendungen an die Armen sind nicht beschnitten worden. In dieser Beziehung zumindest trifft der Vorwurf, Präsident Reagan habe das Sicherheitsnetz für die Armen zerstört, nicht zu. Die Wohlfahrt für die mittleren und oberen Einkommensschichten ist deutlich angehoben worden« (Tyrannei, 51). Zwar sei die Regierung in der Föderalisierung einen Schritt weiter gekommen, aber die durch Washington bestimmten Sozialprogramme hätten jedem Angriff widerstanden. Damit können sich Milton und Rose Friedman dem für sie zentralen Problem der Staatsausweitung und ihrer möglichen Überwindung zuwenden. Seit den dreißiger Jahren haben die Staatsausga-

ben sichtlich zugenommen. Ursache sei eine „grundlegende Änderung der öffentlichen Meinung gewesen.“⁹

»Die große Depression brachte Arbeitslosigkeit, Schlangen vor den Bäckereien, und vor allem Pleiten. Dies führte dazu, daß man allgemein das Vertrauen in das bestehende Wirtschaftssystem verlor, und das wiederum brachte die Allgemeinheit dazu, sich den Intellektuellen anzuschließen und der Regierung eine größere Rolle zuzuweisen. Das Ergebnis war der New Deal.« (Tyrannei: 59)

Entscheidend seien hier zwei Faktoren gewesen, nämlich die Entstehung des Wohlfahrtsstaats und die Verschiebung der öffentlichen Macht zugunsten Washingtons. Obgleich der wohlfahrtspolitischen Veränderung der Verteilungsverhältnisse die größere Bedeutung zukommt, halten sich die beiden Sozialstaatskritiker an das »eisernen Dreieck«, das die Zentralisierung der Macht betreibe. Brechen muß sich die Logik des New Deals einerseits an der Enttäuschung über nicht realisierte Ziele und andererseits an wachsender Steuerlast. Diese Situation halten Liberale in den siebziger Jahren für gekommen. Dennoch: Obwohl sich eine große Mehrheit davon überzeugt habe, daß die Regierung zuviel Geld ausbebe, daß der Haushalt ausgeglichen sein müsse und daß das Steuerrecht der Vereinfachung bedürfe, konnten sich – so Milton und Rose Friedman – Regierungen diesem Mehrheitswillen immer wieder entziehen. Die beiden Chicagoer machen dafür drei Gründe aus, nämlich erstens die Inkonsequenz der Interessensvertretung. Zwar würde etwas allgemein gefordert, doch bestehe man bei sich selbst auf Ausnahmen. Zweitens lasse die Finanzpolitik Umgehungen zu, die sich erst später in verlorener Preisstabilität und geschwächtem Erwerbssinn auswirken würden. Und drittens existiere ein ernster Defekt der Haushaltspolitik, »denn jede Maßnahme wird einzeln geprüft, und der fertige Haushaltsentwurf ist die Summe der Kosten für diese Einzelentwürfe oder geplanten Maßnahmen, die von keiner vorher festgesetzten Höchstgrenze beschränkt wird« (Tyrannei, 83). Dabei streifen die Friedmans einen Umstand, der die Staatstätigkeit an die kapitalistische Akkumulation bindet.

»Eine Regierung kann die Ausgaben recht genau kontrollieren, aber bei den Einnahmen ist eine Kontrolle in diesem Ausmaß nicht möglich, weil sie weit mehr von den wirtschaftlichen Bedingungen abhängig sind.« (Tyrannei, 89)

An dieser Stelle schließt sich der liberale Kreis. Langfristig vermag sich das System der Märkte zwar gegen die Politik durchzusetzen, in der kurzen Frist bleibt sich die Politik aber selbst überlassen – und das ist kostspielig genug.

»Regierungsbürokraten mögen ebenso scharfsichtig, klug und innovativ in ihren Entscheidungen sein wie Privatunternehmer die zu entscheiden haben, welche neuen Projekte ange-

9 »Die öffentliche Meinung, was immer sie sein mag, ist sehr mächtig. Sie kann Regierungen stürzen, sogar nicht-demokratische Regierungen. Der Liberalismus muß eine solche Macht mit Argwohn betrachten.« (Popper 1997: 174)

gangen werden sollen, aber es gibt für sie keinen Mechanismus, mit dem erfolglose Experimente praktisch automatisch abgeschlossen werden; sie neigen vielmehr dazu, zu expandieren, um kleine Fehlschläge in großen Unternehmungen zu begraben, die dann ihrerseits eines Tages ebenfalls fehlschlagen werden.« (Tyrannei, 76)

Wie ist dieser fehlerhafte Kreislauf zu durchbrechen? Sicherlich nicht durch Warten auf die richtige Politik. Im Gegenteil: Nach liberaler Überzeugung ist es besser, sich auf die Schwächen der Politik einzurichten. »Wie können wir politische Institutionen so organisieren,« fragt Karl Popper, »daß es schlechten oder inkompetenten Herrschern unmöglich ist, all-zugroßen Schaden anzurichten?« (Popper 1992: 145) Die Herrschaft der Mehrheit sei nicht vortrefflich, sondern allein als Alternative zur Tyrannei zu begreifen. Das verlangt eine Politik prophylaktischer Schadensbegrenzung. In diesem Sinne sprechen sich Milton und Rose Friedman für drei Vorschläge aus. Zunächst für eine verfassungsmäßige Pflicht zum Haushaltsausgleich und zur Begrenzung der Staatsausgaben. Defizite und Ausgabenenerweiterungen sollen erschwert werden, das »deficit spending« würde für verfassungswidrig erklärt. Entsprechende Vorstöße sind mit dem »Contract with America« und mit »Maastricht« bereits unternommen worden. Dahinter steht der liberale Traum einer automatischen Austeritätspolitik. Der zweite Vorschlag faßt gezielte Vetorechte für den Präsidenten ins Auge. »Präsidenschaft und Vizepräsidenschaft sind die einzigen Ämter der Bundesregierung, die vom Volk als ganzes gewählt werden. Sie sind die einzigen, die einen politischen Anreiz dazu haben, für das Interesse der Gesamtheit einzutreten, und nicht nur für einzelne Teile des Landes« (Tyrannei, 96). Die gestärkte Autorität des Präsidenten soll die Mehrheitsbildung disziplinieren. In *Capitalism and Freedom* waren die Maßnahmen der Regierung aus paternalistischen Gründen problematisiert worden. Sie seien eine Quelle des Kollektivismus. »Aber es ist sinnlos,« heißt es für den Real-Liberalismus, »vortäuschen zu wollen, die Probleme seien einfacher zu lösen, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Die Notwendigkeit eines gewissen Maßes an Paternalismus ist nicht zu leugnen« (Kapitalismus, 59). Schließlich sind Milton und Rose Friedman für die Ersetzung der progressiven Einkommenssteuer durch eine Pauschalsteuer. Auch dafür hatten sie sich bereits schon in *Capitalism and Freedom* ausgesprochen. Ihrer Ansicht nach ist der Ausgleich sozialer Ungleichheiten Angelegenheit des Marktes:

»Ein Großteil der tatsächlichen Ungleichheit rührt von Unvollkommenheiten des Marktes her. Viele von diesen beruhen wiederum auf staatlichen Maßnahmen oder könnten durch derartige Maßnahmen behoben werden.« (Kapitalismus, 226)

Die politisch-ökonomischen Essays von Milton und Rose Friedman gehen vom Gegensatz zwischen Staat und Gesellschaft aus und erklären die Gesetze des Marktes zur idealen Verkehrsform. Während sie diese Form einerseits gegen den Wohlfahrtsstaat ausspielen, müssen sie andererseits in-

direkt die dauerhafte Existenz gesellschaftlicher Bereiche jenseits von Staat und Markt einräumen. Die liberale Sozialstaatskritik reagiert damit auf die Ausdifferenzierung zur 'societa politica' und zur 'societa civile'. Zur Disziplinierung des »eisernen Dreiecks« von wohlfahrtstaatlicher Bürokratie, Politik und Sonderinteressen, aber auch dieser gesellschaftlichen Bereiche insgesamt schlagen sie Anreizsysteme vor. Diese unterstellen blühende Vermögensmärkte und einen sich selbst beschränkenden Staat. Ihre Erinnerungen beschließen Milton und Rose Friedman mit den Sätzen:

»Judged by practice, we have been, despite some successes, mostly on the losing side. Judged by ideas, we have been on the winning side. The public in the United States has increasingly recognized that government is not the universal cure for all ills, that government measures taken with good intentions and for good purposes often, if not typically, go astray and do harm instead of good. The growth of government has come to a halt, and seems on the verge of declining as a fraction of the economy. We are in the mainstream of thought, not, as we were fifty years ago, members of a derided minority.« (Friedman 1998, 588f)

Diese zum Mainstream gewordenen Ideen zielen auf rationale Handlungen der Vermögensbesitzer, deren Ergebnis sich gleichwohl jedem rationalen Nachvollzug entzieht. Beispielhaft für das ganze Konzept ist zweifellos die Geldpolitik. Mit einer Regelbindung für den Geldmengenzuwachs läßt sich die Notenbank gleichsam an einen Mast fesseln, nachdem den Ruderern zuvor die Ohren verstopft worden sind. Damit sind keine situativen Eingriffe mehr möglich. Gleichwohl stellt sich die Statistik der Geldaggregate den Gesängen der Sirenen. Das ist, wenn man so will, eine »Politik des Odysseus«. Insofern geben die Forderungen nach Bildungsgutscheinen, negativer Einkommenssteuer und automatischem Haushaltsausgleich die Staffette einer *ökonomistischen Gesellschaftsauffassung* weiter, die von der »Theorie der rationalen Erwartung«, dem »economic approach« oder der neuen Institutionenlehre dankbar aufgenommen worden ist.

Literatur

- Arendt, Hannah (1998): *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München, Piper
 Bischoff, Joachim u.a. (1982): *Jenseits der Klassen*, Hamburg, VSA
 Bourdieu, Pierre (1997): *Der Tote packt den Lebenden*, Hamburg, VSA
 Esping-Andersen, Gösta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge, Polity Press
 Fiehler, Fritz (1999): *Geld und Vermögen bei Milton Friedman*, im Erscheinen
 Friedman, Milton (1976): *Kapitalismus und Freiheit*, München, dtv
 Friedman, Milton & Rose (1983): *Chancen, die meine*, Frankfurt am Main, Ullstein
 - (1985): *Tyrannie des Status Quo*, Langen-Müller / Herbig
 - (1998): *Two Lucky People*, Chicago, University of Chicago Press
 Gramsci, Antonio (1968): *Philosophie der Praxis*, Frankfurt am Main, S. Fischer
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1982): *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Frankfurt am Main, Suhrkamp
 Hayek, Friedrich A. (1952): *Individualismus und wirtschaftliche Ordnung*, Erlenbach-Zürich, Eugen Rentsch
 - (1971): *Der Weg in die Knechtschaft*, München, Moderne Industrie

- Herkommer, Sebastian u.a. (1984): *Alltag Bewußtsein Klassen*, Hamburg, VSA
- Keynes, John Maynard (1985): Das Ende des Laissez-Faire, in: Mattfeld, Harald (1985), *Keynes – Kommentierte Werkauswahl*, Hamburg, VSA
- Kondylis, Panajotis (1991): *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensweise*, Weinheim, VCH
- Lepsius, M. Rainer (1979): Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.) (1979): *Klassen in der europäischen Sozialgeschichte*, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht
- Marshall, Thomas H. (1992): *Bürgerrechte und soziale Klassen*, Frankfurt am Main, Campus
- Marx, Karl (1968): *Das Kapital*, Bd.3, MEW 25, Berlin, Dietz
- (1974): *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, Berlin, Dietz
- (1978): *Zur Kritik der politischen Ökonomie (Manuskript 1861 – 1863)*, Teil 3, MEGA II. Abteilung, Band 3.3, Berlin, Dietz
- Marcuse, Herbert (1979): Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung (1934), in: ders., *Schriften* 3, Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Mill, John Stuart (1991): *Über die Freiheit*, Leipzig, Gustav Kiepenheuer
- Mises, Ludwig von (1995): Interventionismus, in: Leube, Kurt R. (Hrsg.) (1995), *Die Österreichische Schule der Nationalökonomie*, Texte-Band 1, Wien, Manz
- Polanyi, Karl (1990): *The Great Transformation*, Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Popper, Karl R (1992): *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, 2 Bände, Tübingen, Mohr
- (1997): *Auf der Suche nach einer besseren Welt*, München, Piper
- Olson, Mancur (1991): *Aufstieg und Niedergang von Nationen*, Tübingen, Mohr
- O'Brien, Martin; Penna, Sue (1998): *Theorising Welfare, Enlightenment and Modern Society*, London, Sage